parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 06 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 #Die Welt spricht Kindergarten
3 Verbesserungen im neuen Schulgesetz
4 Änderungen im Personalvertretungsrecht
5 Zwischenbericht der #Enquete-Rassismus

Kommentar

Überschneidungen

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Wir sind entsetzt und tief erschüttert über das rechte Attentat auf zwei Moscheen in Christchurch, Neuseeland, dem 50 Menschen zum Opfer fielen. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer dieser Anschläge, die das Resultat einer auf Hass, Rassismus und Ausgrenzung basierenden Ideologie sind.
Bemerkenswert sind die sprachlichen Überschneidungen der Täter mit der extremen Rechten in Deutschland. Beide werten Migrantinnen und Migranten als ‚Invasoren' ab und sprechen in ihrer kruden Verschwörungstheorie von einem großen Austausch, wonach die einheimische Bevölkerung durch Muslime ersetzt werden soll. Dies kennen wir von der AfD, der Identitären Bewegung und den Neonazis. Die Tat an sich ist bereits unfassbar, besonders perfide wirkt diese jedoch angesichts der Tatsache, dass Neuseeland und Thüringen ungefähr den gleichen Anteil von Muslimen an der Bevölkerung haben, nämlich knapp ein Prozent.
Ich erinnere an die NSU-Mordserie in Deutschland, die aus einem ähnlichen Hass getrieben war. Der Täter in Neuseeland trug eine Vielzahl von Neonazi-Symboliken während der Tat an sich und auf seinen Waffen, wie eine Schwarze Sonne, typische Runen und die Zahl 14, die der Szene als Losung für einen Überlebenskampf, der vermeintlich „weißen Rasse" verwendet wird („14 words"). Dieselben Parolen werden bei Neonazi-Konzerten in Thüringen immer wieder durch Teilnehmer gezeigt. Gerade angesichts der massiven Anfeindungen gegen die muslimische Gemeinde in Erfurt-Marbach durch AfD, Identitäre Bewegung und Neonazis möchte ich betonen: Wir stellen uns gegen alle, die andere Menschen wegen ihrer Religion oder ihrer Herkunft anfeinden, beschimpfen, ausgrenzen, attackieren oder Vorurteile verbreiten - egal ob im südlichen Pazifik oder in Erfurt-Marbach. Wir stehen an der Seite all jener, die nicht schweigen, sondern gegen Rassismus Flagge zeigen und sich für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft engagieren.

Für starke Schulen

Rot-Rot-Grün stellte Schlussfolgerungen für Schulgesetz vor

Während einer gemeinsamen Pressekonferenz am 15. März im Landtag haben die rot-rot-grünen Fraktionen und das Bildungsministerium Schlussfolgerungen für den Entwurf des Thüringer Schulgesetzes vorgestellt (ausführlich siehe Seite 3), das Ergebnis gründlicher Gesprächs-, Anhörungs- und Abstimmungsprozesse.

Wir möchten uns ausdrücklich für alle Stellungnahmen, Hinweise und Anregungen bedanken. Wir ziehen Schlussfolgerungen, die dem Ziel dienen, gute Bildung und starke Schulen in Thüringen weiter voranzubringen", sagte Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Linksfraktion.

Es wurden Parameter festgelegt, die Schulstandorte sichern und die Voraussetzung für verlässliche Schulnetzplanungen in allen Regionen Thüringens schaffen. Zusätzlich gestärkt wird der Elternwille bei der Inklusion. „So werden wir den Bedürfnissen und Wünschen sowohl von Eltern gerecht, die ihre Kinder im gemeinsamen Unterricht beschulen wollen, als auch derjenigen, die die Förderschulen als geeigneten Lernort für ihre Kinder sehen. Zudem passen wir die Regelungen der Begutachtung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf an, sodass Kinder die optimale Förderung ab dem ersten Schultag erhalten – egal, welche Schule sie besuchen", so der LINKE-Abgeordnete.

Aus Sicht von Thomas Hartung (SPD) „ist das ein guter Kompromiss zwischen den Notwendigkeiten, die das Land im Hinblick auf einen effizienteren Personaleinsatz und eine Stärkung kleiner Schulstandorte sieht, und dem Wunsch der kommunalen Seite, gewachsene Strukturen besser zu berücksichtigen, als das im Gesetzentwurf bisher geplant ist".

Dass außerdem umfassende Schritte für mehr Demokratie und Mitbestimmung an Schulen vorgeschlagen und die Schüler-Rechte gestärkt werden, darauf wies Astrid Rothe-Beinlich, Grüne, hin.

Im Foto (von links): Astrid Rothe-Beinlich, Dr. Thomas Hartung, Presseprecherin Diana Glöcker, Torsten Wolf und Helmut Holter.

Gemeindeneugliederung Teil 3

Weiterer Baustein für zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen

Die Landesregierung hat jetzt den Entwurf für ein drittes Gemeindeneugliederungsgesetz vorgestellt, mit dem weitere 70 Gemeinden in Thüringen einen neuen Zuschnitt erhalten sollen.

Damit haben sich dann in dieser Legislaturperiode fast die Hälfte der Gemeinden in Thüringen auf den Weg gemacht hat, um sich in zukunftsfesten Verwaltungsstrukturen neu zu organisieren", sagte der kommunalpolitische Sprecher der ;inksfraktion, Frank Kuschel. „So hat jede zweite Gemeinde die Chancen der Freiwilligkeit genutzt. Das ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Blockadehaltung der CDU komplett ins Leere gelaufen ist."

Für die übrigen Gemeinden stellt sich die Frage, wie sie in den unveränderten Strukturen die Herausforderungen der nahen Zukunft bewältigen wollen. Dazu gehören insbesondere die Sicherung des Berufsnachwuchses und die Bündelung finanzieller Ressourcen im Bereich der Investitionen. Zu den Herausforderungen gehören unter anderem die Umstellung auf die elektronische Akte und die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung.

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens muss in Einzelfällen abgewogen werden, ob die künftigen Verwaltungsstrukturen den Vorgaben des Leitbildes entsprechen bzw. einer künftigen leitbildkonformen Bildung von Strukturen nicht entgegenstehen.

„Die Herausnahme der Eingliederung der Gemeinde Katzhütte in die Landgemeinde Großbreitenbach durch die Landesregierung aus dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf mit Verweis auf den möglicherweise nicht rechtmäßig abgelaufenen Bürgerentscheid Anfang dieses Jahres in Katzhütte ist bedauerlich. Wir hoffen, dass während des Gesetzgebungsverfahrens noch Rechtsklarheit über den Bürgerentscheid hergestellt werden kann und ein festgestelltes Ergebnis eines Bürgerentscheids in die abschließende Entscheidung des Gesetzgebers noch einfließen wird", so der LINKE-Abgeordnete.

Es braucht einen klaren Konsens

18.000 Teilnehmer bei Neonazi-Veranstaltungen in der Region Hildburghausen

Die Region um Hildburghausen wird zunehmend zu einem Hotspot für Neonazis aus ganz Europa. So fanden hier innerhalb von drei Jahren mindestens 85 Veranstaltungen, Konzerte und Aktivitäten der extremen Rechten statt, zusammengerechnet mit mehr als 18.000 Teilnehmern. Katharina König-Preuss. die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, hatte dazu die Landesregierung befragt. Steffen Harzer, Landtagsabgeordneter der LINKEN aus Hildburghausen: „Mehr als elf Aktivitäten davon in Hildburghausen, über 53 alleine in Kloster Veßra, seit bald vier Jahren ein Rückzugsort der extremen Rechten. Dass die Landesregierung die extrem rechte Szene allein im Landkreis Hildburghausen auf eine Personenstärke im (unteren) dreistelligen Bereich beziffert, macht deutlich, dass das Kernproblem kein importiertes ist, sondern über Jahre in der Region wachsen konnte. Dem können wir nur entgegenwirken, wenn auch Politik und Verwaltung sich glaubhaft dagegen positionieren und auch alle rechtlichen Mittel ausschöpfen.“ In den nächsten Wochen sind mehrere Neonazi-Musikveranstaltungen in der Region geplant sind, die am 5./6. Juli in einer erneuten Großveranstaltung gipfeln sollen.

Katharina König-Preuss: „Zwischen 2015 und 2017 wurden im Landkreis Hildburghausen zudem 253 extrem rechte Straftaten gezählt, davon allein 91 in der Stadt Hildburghausen. Das unterstreicht, dass Neonazis eben nicht nur harmlos auf einer Wiese feiern, sondern Kriminelle sind, die eine gefährliche Ideologie verbreiten, allen voran der Neonazi Tommy Frenck, der wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt wurde und nach eigenen Angaben gemeinsam mit 40 Anhängern zur Kreistagswahl kandidieren will. Es braucht es einen klaren Konsens der demokratischen Fraktionen gegen die extreme Rechte auch auf kommunaler Ebene.“

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Waldgesetz

Vorkehrungen getroffen

Die rot-rot-grünen Regierungsfraktionen haben nach intensiven Beratungen zwischen den Abgeordneten nun dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Waldgesetzes vorgelegt. Von zentraler Bedeutung ist die Einführung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechts für die Landgesellschaft. Erworbene Flächen sollen dann an regional ansässige Land- und Forstwirtschaftsbetriebe weiter veräußert werden. Damit soll langfristig zersplitterter Kleinprivatwald besser bewirtschaftet werden können.
Außerdem wird durch eine parallele Regelung zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht verhindert, dass land- und forstwirtschaftsfremde Investoren Flächen in Thüringen zur Geldanlage erwerben. Bisher greift das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht nicht beim gemeinsamen Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen.
Im Gesetzentwurf werden weiterhin Vorkehrungen getroffen, um der massenhaften Verbreitung des Borkenkäfers entgegenzuwirken und betroffene Waldbesitzer von unnötigen Kosten für Aufforstungen zu entlasten. Besonders wichtig ist den Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass ein Kommunalwaldverkauf zum Zweck der Haushaltskonsolidierung untersagt wird.

Tilo Kummer ist forstpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Unterstützung für die Intention des Fröbelkreises

Anja Müller: Es sollte Thüringer Kindergartengesetz heißen

Am 22. März fand im Thüringer Landtag eine öffentliche Anhörung zur Petition „Die Welt spricht Kindergarten“ statt. Die Petentinnen und Petenten streben an, die Wörter „Kindertagesstätte“ und „Kindertagesbetreuung“ durch den Begriff „Kindergarten“ zu ersetzen. Thüringen solle dabei als Vorreiter für eine deutschlandweite Umwidmung der Wörter im öffentlichen Sprachgebrauch agieren.

Ausdrücklich begrüßte Anja Müller, Sprecherin für Petitionen der Fraktion DIE LINKE, am Rande der Anhörung des Petitionsausschusses die Intention des Fröbelkreises, den Begriff „Kindergarten“ wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Die Abgeordnete unterstützt das Anliegen der Petentinnen und Petenten und spricht sich dafür aus, in einem ersten Schritt die Kurzbezeichnung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes in „Thüringer Kindergartengesetz“ zu ändern. Da sich das Gesetz ohnehin in der parlamentarischen Überarbeitung befinde, könne in diesem Zuge auch dessen Kurzbezeichnung erneuert werden, so die LINKE-Abgeordnete.

Genauso sieht es Margit Jung, die Familienpolitikerin der Linksfraktion und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags. In letzterer Eigenschaft hatte sie im November im Landtag mehr als 6.800 Unterschriften für die Petition entgegengenommen. Margit Jung ist selbst Unterzeichnerin und unterstützt auch alle „Die Welt spricht KINDERGARTEN!“-Initiativen.

Der Begriff Kindergarten ist in über 40 Sprachen präsent „und ausgerechnet in seinem Ursprungsland Deutschland auf bestem Wege zu verschwinden. Das wollen wir ändern“, heißt es auf der Internetseite der Kampagne für den Begriff Kindergarten im öffentlichen Sprachgebrauch. Die Kampagne ist ein Gemeinschaftsprojekt von Fröbel-Orten, -Vereinen, -Einrichtungen und -Freunden in Thüringen.

Gegründet 1840 von Friedrich Fröbel in Bad Blankenburg/Thüringen, galt der Kindergarten als Gegenentwurf zu den Kinderbewahranstalten jener Zeit und als Ergänzung zur häuslichen Erziehung in der Familie. Begleitend bildete er pädagogisches Fachpersonal - Kindergärtnerinnen und Mütter in Bad Liebenstein, Keilhau und Bad Blankenburg - aus, die mit dem Kindergartenverbot 1851 in Preußen emigrierten und damit die Idee des Kindergartens in die Welt trugen.

Thüringen wurde zum Ausgangspunkt der nationalen und internationalen Kindergartenbewegung. „Die Kindergarten-Idee ist eine der humanistischsten Ideen der Menschheit. Als Institution bietet der Kindergarten einen geschützten Raum, in dem Bildung, Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung nicht durch ‚Belehrung‘, sondern im Spiel erfolgt. Aus unserer Sicht ein kulturelles Erbe, das es zu bewahren gilt!“, wird auf der Internetseite der Kampagne betont.

Zahlreiche Informationen und Hintergründe unter: http://dieweltsprichtkindergarten.de/

Schule muss verbinden

Mit Verbesserungen zum Schulgesetzentwurf auf Partner zugehen

Gemeinsam mit den Vertretern der Koalitionsfraktionen hatte der Thüringer Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) am 15. März im Landtag die geplanten Änderungen zum Entwurf der Schulgesetznovelle vorgestellt und erklärt: „Seit zwei Jahren wurde erst in der Kommission ‚Zukunft Schule' und dann in einem großen Beteiligungsprozess zum Thüringenplan und zum Schulgesetz darüber diskutiert, wie wir die Bildungslandschaft Thüringen strukturell besser aufstellen können. Wir haben uns ehrlich gemacht, Lösungen gesucht und Entscheidungen getroffen."

Schulkooperationen sind der Rettungsschirm für kleine Schulstandorte. Davon bin ich nach wie vor überzeugt. Durch jahrzehntelanges Nichthandeln sind die derzeitigen Probleme entstanden. Durch Kooperationen entstehen größere Lehrerkollegien, in denen ein besserer fachlicher Austausch zwischen Lehrkräften möglich ist. Zudem kann im Krankheitsfall leichter Vertretungsunterricht organisiert werden", so Minister Holter.

Dabei sei es ihm im gesamten Diskussionsprozess auch bei den Vorgaben zu Schul- und Klassengrößen „stets um den größtmöglichen Konsens" gegangen. „Leider kam aus den Reihen der parlamentarischen Opposition kein einziger Vorschlag zur strukturellen Gestaltung unserer Schullandschaft. In Abgrenzung davon haben sich Gewerkschaften und der Thüringer Landkreistag mit konstruktiven Hinweisen und Ideen in die Debatte eingebracht. Um einen für mehrere Jahre tragfähigen Konsens zu erzielen, möchte ich auf unsere Partner, die vor Ort Verantwortung tragen, zugehen. Schule darf nicht spalten, Schule muss verbinden", sagte Helmut Holter.

Die neuen Vorschläge betreffen u.a. die Mindestschülerzahlen. So sollen an den Grundschulen die Klassen mindestens 15 Schüler haben, an den Regelschulen 20 Schüler, an den Gesamtschulen in den Klassenstufen 5 bis 10 ebenfalls 20 Schüler wie auch an den Gymnasien. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie mit Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache sollen bei der Klassenbildung an allgemein bildenden Schulen doppelt gezählt werden.Regionale Förderzentren werden als Beratungs- und Unterstützungszentrum für allgemeine Schulen ausgebaut. „Schulen ohne Schüler" sind nicht vorgesehen.

Was die Zügigkeit der Schulen betrifft, sollen Grundschulen ein- oder mehrzügig sein, Regelschulen grundsätzlich mindestens zweizügig, im ländlichen Raum bereits bestehende Regelschulen einzügig. Gemeinschaftsschulen sollen in dieser Hinsicht bei den Klassenstufen 1 bis 4 wie Grundschulen und ab Klassenstufe 5 wie Regelschulen behandelt werden. Gesamtschulen sollen mindestens dreizügig sein, Gymnasien: in der Regel mindestens zweizügig.

Aus der Luft gegriffen

Frank Kuschel war mehr als verwundert über die Dreistigkeit der CDU. Die hatte mit Falschbehauptungen rund um die Durchsuchung in einem kommunalen Busunternehmen im Ilm-Kreis Stimmung gegen die geplante Kommunalisierung gemacht und unbegründete Rücktrittsforderungen gegen Landrätin Petra Enders erhoben (siehe letzte Ausgabe des Parlamentsreports).

Auch wenn es CDU-Politiker immer wieder so darstellten, es gibt keine Ermittlungen gegen die kreiseigene Ilmenauer Omnibusverkehr GmbH (IOV) im Ilm-Kreis. Das hat jetzt auch das Innenministerium im Innen- und Kommunalausschuss im Landtag bestätigt. „Wir erwarten eine öffentliche Entschuldigung der CDU", so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion. „Denn nun haben wir es schwarz auf weiß: Es gibt kein Ermittlungsverfahren gegen die IOV GmbH, sondern ein Ermittlungsverfahren nach §17 Abs. 1 Nr. 1a des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) gegen einen einzelnen Mitarbeiter. Auch wurde die IOV nicht als Beschuldigter nach §102 StPO durchsucht, sondern ausschließlich der betreffende Mitarbeiter. Die Durchsuchung der Geschäftsräume am 26.02.2019 erfolgte auf der Grundlage des §103 StPO. Es handelte sich also nicht um eine Durchsuchung bei Beschuldigten, sondern bei anderen, dritten Personen."

Auch seien die Behauptungen des CDU-Abgeordneten Jörg Thamm, der von einer Verdunklungsgefahr sprach, völlig aus der Luft gegriffen. „Liegt der Verdacht einer Straftat vor, dann gehört dieser auch aufgeklärt, um ihn zu erhärten oder zu entkräften. Hier wird die Staatsanwaltschaft Mühlhausen weiter ermitteln. Dass der CDU-Politiker von einer Verdunklungsgefahr nach der Durchsuchung spricht, entbehrt jeder Grundlage. Die Landesregierung stellte überzeugend dar, dass relevante Datenträger gesichert wurden, die nun von der Polizei ausgewertet und überprüft werden. Diesen Verfahrensausgang gilt es abzuwarten", betonte Frank Kuschel.

Es sei mehr als fragwürdig, wie die CDU mit allen Mitteln versuche, die Kommunalisierung des Busverkehrs im Ilm-Kreis zu verhindern. Dabei realisiere die Landrätin Petra Enders den auch mit CDU-Stimmen gefassten Kreistagsbeschluss, um ein zunächst mit öffentlichen Geldern finanziertes Kreis-Unternehmen wieder zu kommunalisieren. „Dieser Versuch der Instrumentalisierung ist nach hinten losgegangen und offenbart die fehlende Glaubwürdigkeit der Union", unterstreicht der LINKE-Politiker.

» Schmerzensgeld

Durch weitere Maßnahmen stärkt Rot-Rot-Grün erneut die Einsatz- und Rettungskräfte in Thüringen. Mit einer Anpassung im Dienstrecht kann auf Antrag der Freistaat die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen bei tätlichen Übergriffen übernehmen, wenn ein rechtskräftiger Anspruch gegen einen zahlungsunfähigen Täter besteht.
„Ein weiteres Mal wird deutlich, dass Thüringen seine Beamtinnen und Beamten nicht im Stich lässt und Wertschätzung nicht nur verbal artikuliert, sondern auch ganz praktisch erlebbare Verbesserungen im Berufsalltag schafft", sagt Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

» RosaLuxx

Zahlreiche Gäste waren am 11. März auf Einladung der Eisenacher Landtagsabgeordneten Kati Engel und des offenen Jugend- und Wahlkreisbüros RosaLuxx zur Veranstaltung mit dem Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) in den Nachbarschaftstreff der Wartburgstadt gekommen. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer aus verschiedenen Schulen von Eisenach und Umgebung, die explizit eingeladen worden waren.
Dabei ging es natürlich vor allem um das neue Schulgesetz – O-Ton Minister: „Das Gesetz führt nicht zur Schließung von Schulen" – sowie den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege" und das Thema Inklusion.

» Schulessen

Am Weltverbrauchertag am 15. März hatten die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen VertreterInnen der Verbraucherzentrale Thüringen e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. zu einem Fachgespräch in den Landtag eingeladen. „Wir haben darüber gesprochen, wie wir die Verbraucherorganisationen und die Verbraucherrechte weiter stärken können", so Diana Skibbe, Sprecherin für Verbrauchschutz der Fraktion DIE LINKE. Dabei ging es auch das Thema Schulessen, wozu Rot-Rot-Grün ein Modellprojekt auf den Weg gebracht hat, welches Schulen in Thüringen ermöglicht, entsprechend „qualitätsvolles Schulessen" durch das Land fördern zu lassen.

Friedrich Kreyer und die „Lessing-Linde“

Ausstellung in der Fraktion: „Thüringen, das grüne und humanistische Herz Deutschlands“

Großen Zuspruch hatte die Vernissage zur neuen Ausstellung „Thüringen, das grüne und humanistische Herz Deutschlands“ mit Bildern von Friedrich Kreyer in der Galerie der Fraktion DIE LINKE im Flur der 4. Etage des Fraktionsgebäudes im Landtag.

André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, konnte dazu am 20. März zahlreiche ehemalige Schülerinnen und Schüler der ehemaligen Erfurter Lessing Oberschule begrüßen und vor allem den Künstler selbst, dem er das Buch von Landolf Scherzer „Der Rote“ von Landolf Scherzer über Bodo Ramelow überreichte (s. Foto). Das war nicht zufällig, denn Friedrich Kreyer und Bodo Ramelow kennen sich, haben im vergangenen Jahr anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Abitur des Jahrgangs 1968“ die „Lessing-Linde“ gepflanzt mit der Mahnung zu „Toleranz und Menschlichkeit hierzulande und weltenweit“.

Die Ausstellung im Landtag zeigt Ausschnitte aus dem umfangreichen Werk des Erfurter Lehrers und Kunsterziehers im Ruhestand, der von 1952 bis 1994 an der Lessing Oberschule unterrichtete. Ganz begeistert berichten ehemalige Schülerinnen und Schüler, so auch Christiane Schmidt, über ihren Lehrer, der im Januar seinen 90. Geburtstag beging und noch heute seine humanistische Grundeinstellung auch künstlerisch zum Ausdruck bringt: „Er tut dies, indem er unsere thüringische Heimat in ungezählten Bildern wiedergibt. Über die Vermittlung von Wissen und Techniken im Fach Kunsterziehung hinaus durften wir Friedrich Kreyer als einen Vertreter der Lessing‘schen Aufklärungsideale kennenlernen und erleben.“

Dass sie jetzt den Verein „Lessing lebt“ gründen, hat natürlich vor allem mit diesen Idealen zu tun, die in einer kurzen Ansprache auch Astrid Rothe-Beinlich, die Erfurter Landtagsabgeordnete der Grünen, würdigte. Dazu wurde ein Grußwort von Rikola-Gunnar Lüttgenau von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora verlesen, der angesichts heutiger Angriffe auf die Errungenschaften der Aufklärung daran erinnerte, dass Lessings „Nathan der Weise“ im NS-Staat mit einem Spielverbot belegt war. Sie wollen Lessing und die Themen Toleranz und Humanität wieder stärker im öffentlichen Bewusstsein der Stadt Erfurt verankern, kündigte Wolfgang Triebel vom Verein „Lessing lebt“ i.G an.

Verkehrsunfälle

Erschreckend

2018 gab es in Thüringen weniger Verkehrstote als ein Jahr zuvor, „aber 100 getötete Unfallopfer sind trotzdem erschreckend“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Gudrun Lukin, zur kürzlich veröffentlichten Verkehrsunfallstatistik. Abgenommen hat auch die Zahl der Verkehrsunfälle insgesamt, nicht aber die mit Personenschäden. Es gab auch mehr Schulwegeunfälle sowie mehr Unfälle mit Radfahrern und mit Fußgängern. „Umso wichtiger, nach den Ursachen zu forschen und die Mittel für Verkehrssicherheit, Verkehrserziehung und Unfallprävention zu erhöhen“, so die Abgeordnete mit Verweis auf die Hauptursachen von Unfällen: Mangelnde Aufmerksamkeit, aber auch fehlende Risikobewertung des eigenen Fahrverhaltens sowie die Missachtung von Paragraph 1 StVO.
Die gesamtgesellschaftliche Debatte über Normen und Ächtung von rücksichtslosem Verhalten im Straßenverkehr müsse forciert werden. „Es ist eben kein Kavaliersdelikt, wenn mit 223 km/h bei erlaubten 80 das Hermsdorfer Kreuz oder mit noch 10 km/h mehr der Jagdbergtunnel durchrast wird. Leider sind die undifferenzierten Punkteregelungen in Flensburg und die Strafen für derartige Delikte nicht wirklich hilfreich. Rasen ist kein Beweis für Stärke, Alkohol am Steuer keine Kleinigkeit. In mehr als 4.000 Fällen hat die Polizei im vergangenen Jahr potentielle Unfallfahrten durch Kontrollen verhindert. Und nach wie vor sind es zu 90 Prozent Männer, die hier Unfälle in Kauf nahmen“, betonte die LINKE Verkehrspolitikerin.

Mitbestimmungsrechte

Große Zustimmung für Änderungen im Personalvertretungsrecht

„Wir wollen die Mitbestimmungsrechte der Personalräte in Thüringen stärken, also die Mitsprache in allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, die Erhöhung der Freistellungsstaffeln sowie die Vertretung für studentische Beschäftigte“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion (im Foto links, neben ihm der LINKE-Abgeordnetenkollege Frank Kuschel bei der Anhörung) zur Änderung des Personalvertretungsrechts.

Die nunmehr zweite Anhörung war notwendig geworden, weil Rot-Rot-Grün umfangreiche Änderungen an der Novelle des Personalvertretungsrechts vorgenommen hat. Diese wurden durch die Anhörungsbeiträge der Beschäftigtenvertreter von DGB und tbb nahezu einhellig begrüßt. Es wurde u.a. festgestellt, dass der Gesetzgeber mit dem Änderungsantrag Neuland in der Mitbestimmung der Beschäftigten in Deutschland betritt.

Es werde positive Wirkungen auf den weiteren Fortschritt der Demokratisierung in den Behörden, Dienststellen und Einrichtungen im öffentlichen Dienst des Freistaates Thüringen geben, denn „wir brauchen motivierte und engagierte Beschäftigte, die durch die Ausweitung der Rechte der Personalräte eine starke Interessenvertretung an ihrer Seite wissen. Nur in einer Zusammenarbeit als wirklich gleichberechtigte Partner wird es den Dienststellenleitungen gemeinsam mit den Personalräten gelingen, die Beschäftigten zu hohen Leistungen und zum Erfolg der Dienststellen zu motivieren“, sagte Rainer Kräuter und unterstrich: „Mitbestimmung heißt auch Mitverantwortung. Diese wollen Personalräte in Thüringen gerne übernehmen. Rot-Rot-Grün schafft die dafür notwendigen Voraussetzungen.“

Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirksvorstandes Hessen-Thüringen, hatte für die DGB-Gewerkschaften an der Anhörung teilgenommen und den Änderungsantrag der Fraktionskoalitionen „sehr begrüßt“. „Die Mitbestimmungsrechte der Personalräte werden ausgeweitet und Freistellungen analog zur Privatwirtschaft geregelt“, so Witt in der Anhörung. Nachbesserungsbedarf sehe der DGB bei der Personalvertretung für Drittmittelbeschäftigte und für studentische Hilfskräfte an den Hochschulen. Zudem müssten auch die Personalräte der Sparkassen Wirtschaftsausschüsse bilden können.

Der Kommunale Arbeitgeberverband habe „eine absurde Drohkulisse aufgebaut. Eine Lähmung der Verwaltung, wenn die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst gestärkt und der Mitbestimmung in der Privatwirtschaft angenähert wird, ist abwegig. Mehr Demokratie in der Verwaltung ist überfällig und vor vertrauensvoller Zusammenarbeit sollte niemand Angst haben“, so der Gewerkschafter.

#EnqueteRassismus

Sabine Berninger in der Plenarberatung des Zwischenberichts

In der letzten Plenarsitzung stand die Beratung des Zwischenberichts der Enquetekommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ auf der Tagesordnung. In der Debatte am 1. März ergriff Sabine Berninger, Obfrau der Linksfraktion in der #EnqueteRassismus, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede:

Nach gründlicher Ursachenforschung und Fehlersuche kam der erste Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss 2014 zu der einstimmig verabschiedeten Empfehlung: „Neben der Fortsetzung der Aufklärung sollte eine Enquetekommission ‚Rassismus‘ Maßstäbe setzen und beispielsweise Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln.“

Und das genau versuchen wir in der Enquetekommission „Rassismus“ seit Sommer 2017. Der heute endlich vorliegende Zwischenbericht dokumentiert den Beratungsverlauf und erste Schlussfolgerungen. Die wichtigste Etappe war, dass wir in der Kommission eine Basis für die Arbeit finden, eine Verständigung darüber, worüber wir eigentlich reden, wenn wir „Rassismus“ und „Diskriminierung“ sagen.

Kurz gefasst beschreibt der Begriff „Rassismus“ die Unterscheidung von Menschen aufgrund zugeschriebener Gruppenmerkmale und dient der Ableitung oder der Konstruktion von Ungleichwertigkeiten aus Unterschieden. Rassismus konstruiert Rassen, sodass zugeschriebene körperliche, kulturelle oder religiöse Aspekte oder Besonderheiten als genuine Gruppenmerkmale erscheinen, die für alle Gruppenmitglieder zentral bedeutsam seien und einen grundsätzlichen Unterschied zur eigenen Gruppen markierten – der Unterschied zwischen dem „wir“ und dem „die“, und zwar unabhängig davon, ob die betreffende Person der zugeschriebenen Gruppe tatsächlich angehört oder nicht.

Die Konstruktion von Rassen hat zum Effekt, dass eine eigene Gruppenidentität durch Abgrenzung von anderen geschaffen wird und dass Aggressionen, Ausschlüsse und Privilegien damit legitimiert werden. Zu institutionellem Rassismus kommt es, wenn durch Normen und Verhaltensweisen bestimmte Gruppen regelmäßig in alltäglichen Routinen im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen zum Nachteil der von Rassismus und Diskriminierung Betroffenen behandelt werden.

Bei der Diskriminierung handelt es sich um eine illegitime Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Zuordnung in bestimmte kulturelle oder soziale Kategorien. Zu institutioneller oder struktureller Diskriminierung kommt es, wenn durch Normen und Verhaltensweisen bestimmte Gruppen regelmäßig in alltäglichen Routinen im Zusammenspiel mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zum Nachteil der Diskriminierten behandelt werden, zum Beispiel wenn Kinder ausländischer Herkunft regelmäßig schlechtere Schullaufbahnempfehlungen bekommen als Kinder ohne Migrationshintergrund.

Die grundlegende Differenz zwischen der CDU-Fraktion und den Kommissionsmitgliedern der rot-rot-grünen Fraktionen bestand bei dieser Festlegung der Begriffsdefinition darin , dass die konservative Seite Rassismus und Diskriminierung eher als individuelles und nicht als institutionelles oder strukturelles Problem versteht und dass sie eine sozialpsychologische Herangehensweise präferiert. Sie versucht, die gefundene Definition als ideologisch motiviert zu diskreditieren, obgleich auch die Stellungnahmen der durch die CDU benannten sachverständigen Kommissionsmitglieder in diese Begriffsbestimmungen einbezogen wurden.

Die Kommission hat sich viel Zeit genommen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Betroffenengruppen, Expertinnen anzuhören, die sich sowohl auf der wissenschaftlichen als auch der alltäglichen Ebene mit den Ursachen und Auswirkungen von Rassismus und Diskriminierung beschäftigen und auch viele Anregungen und Vorschläge in die Debatte eingebracht haben. Wir haben Behörden und Institutionen befragt, uns mit der Landesregierung über bereits bestehende Maßnahmen zur Prävention ausgetauscht und über institutionelle Rahmenbedingungen gesprochen, die Rassismus und Diskriminierung entgegenstehen oder aber möglicherweise befördern. Wir haben mit dem Zwischenbericht erste Schlussfolgerungen getroffen. Vorgeschlagene Maßnahmen diskutieren wir derzeit mit Expertinnen in einem weiteren Anhörungsprozess.

Aus unserem Entschließungsantrag möchte ich den Punkt 1 in den Forderungen herausgreifen: Der Landtag bittet die Landesregierung, eine unabhängige und niedrigschwellig erreichbare Antidiskriminierungsberatungs- und Fachstelle einzurichten. Die Betonung bei dieser Anti-Rassismus-Beratungs- und -fachstelle liegt in den Attributen „unabhängig“ und „niedrigschwellig erreichbar“.

Von Beginn der Kommissionsarbeit an zog sich die dringende Bitte nicht allein der Betroffeneninitiativen, dass von Rassismus und Diskriminierung Betroffene eine Stelle bräuchten, die nicht staatlich ist, die sich nicht hinter den dicken Mauern der Staatskanzlei versteckt und die nicht durch eine staatliche Person, eine bei der Landesregierung oder einer Behörde beschäftigte Beamtin repräsentiert wird. Eine Stelle, bei der die Betroffenen ihr Problem vortragen können und die dann gemeinsam mit ihnen schaut, wie das Problem, die Diskriminierung behoben werden kann, an wen man sich wenden kann, welche Stelle für eine Beschwerde oder eine Petition zuständig ist.

Protokolle der Reden der Landtagsabgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/

Kriminalstatistik

Cannabis-Delikte

Thüringen gehört weiter zu den sichersten Ländern der Republik. Die Fallzahlen laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2018 sind sogar geringfügig zurückgegangen, die Aufklärungsquote ist gestiegen. Allerdings werde die Polizei, so der Innenpolitiker Steffen Dittes, immer mehr mit Cannabis-Delikten belastet. Eine Zunahme im Jahr 2018 um mehr als 1.000 Fälle, von denen die meisten wieder eingestellt werden. „Aus Sicht der LINKEN eine fachlich wenig begründete Inanspruchnahme polizeilicher Ressourcen. Mit einer anderen Drogenpolitik, nicht auf Kriminalisierung ausgerichtet, stünde mehr Polizei zur Bekämpfung und Aufklärung schwerer Kriminalität zur Verfügung.“

Die Cannabisdelikte sind um 18,9 Prozent auf 7.339 gestiegen und stellen den Löwenanteil der rund 13.000 Betäubungsmittelverstöße (BTM) dar. Laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von Steffen Dittes wurden 8.003 der BTM-Verfahren 2017 wieder eingestellt, in den ersten drei Quartalen 2018 waren es schon 7.249. Bei der Verfolgung dieser Delikte sind für die Staatsanwaltschaft im Schnitt 143 Minuten pro Fall vor einer gerichtlichen Befassung nötig, das entspricht 2018 alleine knapp 17.500 Arbeitsstunden.

„Cannabis-Delikte sind Kontrolldelikte und liefern fast immer einen Tatverdächtigen, die Aufklärungsquote steigt automatisch über 95 Prozent, obwohl viele Verfahren später eingestellt werden. Das mag die Gesamtstatistik verschönern, ist aber keine verhältnismäßige Drogenpolitik. Würde die Stigmatisierung überwunden und auf Prävention, Beratung und Information gesetzt, wäre das nicht nur ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn, sondern zuvorderst eine Entlastung der Polizei und Justiz“, sagte Steffen Dittes.

Die eingesparten Ressourcen wären z.B. bei der Gewaltkriminalität, die um 2,8 Prozent leicht angestiegen ist, besser aufgehoben. Insbesondere ältere Menschen wurden 2018 mehr als zuvor Opfer von Straftaten, nicht nur durch Betrügereien am Telefon und den so genannten Enkeltrick, sondern auch durch Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. „Wir werden in der Koalition beraten, wie hier künftig ein stärkerer Fokus gelegt wird und die präventiven Angebote weiter ausgebaut werden“, kündigte Steffen Dittes an.

Eine ausführliche Stellungnahme zur Polizeilichen Kriminalstatistik unter: www.die-linke-thl.de/nc/presse/pressemitteilungen/

Nebenbei notiert

Brisantes Thema

KOMMENTAR VON LUISE SCHÖNEMANN

Die Koalitionsfraktionen haben eine große parlamentarische Anfrage zu Eigentum, Nutzung und Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundvermögen auf den Weg gebracht. Das Thema ist brisant und beschäftigt Rot-Rot-Grün schon länger. Es müssen eine klare Faktenlage sowie Hinweise auf Daten- oder Gesetzeslücken her.
„Die Übernahme der Terra e.G. durch Südzucker war beispielhaft dafür, dass Transparenz und landwirtschaftliches Vorkaufsrecht bei Anteils- und Betriebskäufen nicht gewährleistet sind“, so die LINKE-Abgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright. Olaf Müller von den Grünen: „Wir brauchen eine Grundlage, um weitere Möglichkeiten zur Kontrolle und zur Eindämmung von Bodenspekulation einzuführen.“ Zu den so genanntenn Share-deals, also Verkäufen von Unternehmen, die Boden besitzen, sagte der SPD-Abgeordnete Frank Warnecke: „Es gibt zwar Untersuchungen sowie Anfragen auf Bundesebene, aber die Sachlage in Thüringen ist weitgehend unklar. Die derzeitige Gesetzeslage ermöglicht es nicht, bei Unternehmenskäufen direkt eine Anzeigepflicht bei der Thüringer Landgesellschaft zu initiieren. Da muss es perspektivisch eine Regelung geben.“ Thüringen ist zwar ein Bundesland, in dem verglichen mit anderen Ost-Bundesländern das Thema Bodenspekulation noch nicht so drängend ist, aber die Koalitionsparteien warten nicht, bis das Problem weiter wächst. „Wir wollen nicht, dass unser Ackerland in die Hände von Nicht-Landwirten kommt. Denn Nahrungsmittelproduktion ist ein wichtiger Zweig der Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass der Preis für Ackerland so hoch steigt, dass er nur für branchenfremde Investoren erschwinglich ist“, unterstreichen die Abgeordneten von Rot-Rot-Grün.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Wachsende Akzeptanz

Steffen Dittes: Vertrauensstelle soll auch Polizeibeamten offenstehen

Dass sich binnen eines Jahres etwa 400 Menschen mit Beschwerden, Anliegen und Bitten an die in Thüringen neu eingerichtete Polizeivertrauensstelle gewandt haben, macht deren Bedarf deutlich: niedrigschwellig angenommenes oder tatsächliches Fehlverhalten von Polizeibeamten vortragen zu können.

Fehler und Rechtsverstöße dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Die Menschen müssen erwarten können, dass ihre Beschwerden ernst genommen werden und wenn diese begründet sind, auch zu Änderungen führen. Eine Fehlerkultur, die Fehlverhalten aufarbeitet, um Wiederholungen auszuschließen, fördert die Akzeptanz und den Respekt gegenüber der Polizei. Es war richtig, dass Rot-Rot-Grün - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - die Polizeivertrauensstelle eingerichtet hat“, sagte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Allerdings soll die Vertrauensstelle weiterentwickelt werden. Bisher steht sie nur Menschen zur Verfügung, die von Polizeieinsätzen betroffen sind, nicht aber Polizeibeamten selbst. Auch Polizisten registrieren Missstände, kritische Entwicklungen und Fehlverhalten und auch sie wollen Anliegen und Beschwerden außerhalb von Dienstaufsichts- oder Strafverfahren ohne Nachteile für ihre eigene berufliche Entwicklung vortragen können. Daher haben die Koalitionsfraktionen am 1. März einen Landtagsbeschluss herbeigeführt, wonach die Vertrauensstelle noch in dieser Legislatur für Polizeibeamte geöffnet werden soll.

Bei den 400 Meldungen von Bürgern handelte es sich in 208 Fällen um Beschwerden gegen Beamte oder polizeiliche Maßnahmen, von denen 163 bereits die Landespolizeidirektion und die jeweils zuständigen Inspektionen geprüft haben, davon sind knapp 42 Prozent für ganz oder teilweise begründet angesehen worden, in 17 Fällen wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Die Fallzahlen haben sich sukzessive über das Jahr 2018 erhöht und verdeutlichen die wachsende Akzeptanz der Einrichtung.

Dass die beim Thüringer Staatssekretär für Inneres und Kommunales angesiedelte Polizeivertrauensstelle zumindest räumlich außerhalb des Innenministeriums eingerichtet wurde, führt nach Einschätzung von Steffen Dittes jedoch nur eingeschränkt zur Wahrnehmung einer von der Polizei unabhängigen Vertrauensstelle. „Um sowohl das Vertrauen der Polizeibediensteten als auch das der BürgerInnen zu gewinnen und fortbestehende Schwellenängste zu minimieren, sollte die Stelle perspektivisch vollständig aus der Ministeriumsstruktur herausgelöst werden. Aus diesem Grund hat der Landtag ebenfalls beschlossen, dass bei der Evaluierung zum Jahresende auch die Unabhängigkeit der Polizeivertrauensstelle geprüft werden soll“, so LINKE-Politiker.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung

Zu seiner dreitägigen März-Plenarsitzung tritt der Thüringer Landtag in der Zeit vom 27. bis 29. März zusammen. Es stehen eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung, darunter mehrere, die von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen eingebracht wurden.

Dazu gehört die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes, das auf dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes fußt. Verbessert werden Betreuungsqualität und Arbeitsbedingungen, ermöglicht wird ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr ab 1.8.2020 in Thüringen.

Ebenfalls in erster Beratung steht der Gesetzentwurf zur Übernahme des Tarifabschlusses für die Angestellten der Länder auf der Tagesordnung. Die Kosten dafür werden bei knapp 350 Millionen Euro liegen – zuzüglich zu den 244 Millionen Euro für die Angestellten in Thüringen.

Hingewiesen sei auch auf den Gesetz zur Einführung der paritätischen Quotierung. Mit einem Paritätsgesetz werden die Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen in Politik und Gesellschaft erweitert, es sorgt dafür, dass bei allen Parteien mindestens 50 Prozent der Plätze für Frauen auf den BewerberInnenlisten zu Landtags- und Kommunalwahlen verbindlich zur Verfügung stehen.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler